

Wilsdruffer Tageblatt

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werthabig 16 Uhr. Bezugspunkt monatl. 2 M. pro Haus, bei Beziehung 1 zu 100 jährl. Postporto. Einzelnummer 10 M. pro Post. Als Postkantone, Postorte, unter Aufsicht der Reichsregierung eingetragen. Der Name ist einziges Recht des Herausgebers. Wochenschrift für Wilsdruff u. Umgegend.



Umschlagspreise laut aufliegendem Vierteljahr Nr. 2 - Ritter-Gedächtnis: 20 M. - Vereinfachte Umschlagspreise nach Wilsdruff werden nach Abschluß heraufgesetzt. - Anzeigen-Aufnahme wird vorzuhaben in der Wilsdruffer Zeitung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 für die Abholung der Anzeige über den Anrufer. Anrufer wird mit dem Namen benannt. - Bei Kontakt wird

Wandschilder erhält jeder Anrufer auf Kosten des Herausgebers.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 189 - 98. Jahrgang

Druckschrift: "Tageblatt"

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2440

Mittwoch, den 16. August 1939

"Schüler Pilsudski"

Der polnische Außenminister Beck wird von der polnischen Propaganda in der ganzen Welt als der "Schüler" des großen Marschalls der Polen angepriesen. Die heutige polnische Regierung behauptet, sie sei die politische "Erbin" Pilsudski. Sie verwirkt seine genialen außenpolitischen Konzeptionen, sie tie das, was der Marschall auch getan hätte.

Der Marschall lebt nicht mehr. Da ist es einfach, die Tat, sofern zu verdrehen und der Welt vorzutäuschen, daß die polnische Außenpolitik eine einheitliche, gerade Linie verfolgt. Unter dem Tuch der albernen Stoffe ruht in einem sibönen Sarg sein Leichnam. Zu diesem Grab pilgern die polnischen Herren Minister. Dorthin begibt sich Marschall Andri-Smigly, der Nachfolger des Marschalls. Symbolisch soll damit angedeutet werden, daß die Epochen die Pläne ihres großen Meisters verwirklichen.

Und wie sieht die Wahrheit aus? "Wir Pilsudski kann in seinem Lande etwas ausrichten, und er hat das Tor zum großen Erfolg", sagte von ihm Austin Chamberlain. Pilsudski bewies das, als er mit dem Führer den Richtungsgriffspakt schloß, der die deutsch-polnischen Beziehungen bereinigen sollte. Solange der Marschall lebte, konnte man mit berechtigten Hoffnungen auf die Entwicklung dieser Beziehungen in die Zukunft blicken. Zunächst sahen auch die polnischen "Erben" seine Politik fort. Sie nahmen gegenüber dem deutsch-polnischen Problem sogar eine sehr wohlvollende Haltung ein. Selbst das nationalradikale "Dienst" schrieb vor einigen Wochen: "Bewor England seinen großen Koalitionsversuch ins Werk geheftet und sein Garantievertrag abgegeben hatte, hätten die Polen die Danzig-Angelegenheit sozusagen als gerecht betrachtet. Dann hat Polen sich aber plötzlich versteift und Danzig als seinen Lebensraum betrachtet. Die Polen beweigten nicht nur jede Verhandlung und Aussprache über das Regime der freien Stadt und das Problem des Korridors im Korridor, sondern sie verlangten jetzt noch obendrein ihrerseits die Souveränität". Der brennende Streit in Warschau und die englische Politik haben Polen so weit gebracht, daß es von der bewährten Linie des Marschalls abgewichen ist.

Pilsudski war kein Missionar. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die polnische Zeitschrift "Politika" ein Interview mit dem ehemaligen Abgeordneten und Minister Klemens Haider, einem der vertrauten Freunde Pilsudskis.

"Wie war das Verhältnis des Marschalls zu den Deutschen?" fragte der Reporter. "Er hielt die Deutschen für ein großes Volk und schätzte ihre Arbeit sehr hoch. Er war der Ansicht, daß die Gefahr, die uns von dieser Seite droht, auf die Dauer nicht zu besiegen ist. (Die Formulierung dieses Satzes scheint eine Koncession an die antideutsche Stimmung in Polen zu sein.) Da unsere Expansion nach dem Westen keine Aussicht auf Erfolg verspricht, war es sein Wunsch, die polnischen Großmachtpläne nach dem Osten auszurichten."

Der Abgeordnete Haider gab offen zu, daß Pilsudski ihm einmal gefragt habe, daß "Polen viel zuviel fremdländische unter seiner Bevölkerung habe, und man wäre unter Umständen besser, auf Land zu verzichten, um dadurch die nationale Einheit sicher zu gestalten."

Pilsudski wußte, daß Polen im Westen Gebiete erhalten hat, die es nicht hätte beanspruchen dürfen. Für besonders gefährlich sah er die Schaffung des Korridors an, von dem selbst der französische General Weygand behauptet, er sei „unmöglich im Frieden, nicht zu verteidigen im Krieg“. Pilsudski war Realist, und er wußte, daß sich das deutsche Volk niemals mit der Trennung Österreichs vom Deutschen Lande einverstanden erklären könnte. Er wollte nicht eine Auseinandersetzung mit Deutschland. Er schloß den Richtungsgriffspakt mit dem Reich, um die Gegenseite, die zwischen den beiden Staaten bestanden, aus der Welt zu schaffen. Er wußte, daß das nicht einfach ist und daß man erst Vorurteile beseitigen müsse. Aber das große Ziel lohnte den Einsatz.

Pilsudski wurde von seinen Gegnern, besonders von der Nationaldemokratie, wegen dieser Haltung schon vor vielen Jahren stark angegriffen. Die nationaldemokratische Presse redet seit Jahren von der "gerichtsnotorisch belasteten Tatsache", daß Pilsudski gegen die Forderungen im Westen gewesen sei. Verschiedentlich wurden die verantwortlichen Rebellen derartiger Behauptungen vors Gericht zitiert, aber jedesmal konnten sie entsprechende Beweise für ihre Thesen beibringen. Als 1920 die Anhänger Pilsudskis entgegen dem oberösterreichischen Abstimmungsergebnis von 60 v. H. für Deutschland das Eingreifen Pilsudskis verlangten, da sagten er zu ihnen: "Nach Oberösterreich ist doch eine urteilte deutsche Kolonie."

Heute will man das in Polen nicht wahrhaben. Man soll dann aber auch nicht behaupten, daß man die traditionelle Politik des großen Marschalls fortführe.

Lies Deine Heimatzeitung
das Wilsdruffer Tageblatt

Sie wollten endlich nach Hause

Wieder 150 deutsche Rückwanderer aus USA und Kanada

Mit dem seit nunmehr über zwei Jahren anhaltenden Strom deutscher Rückwanderer wird am Donnerstag an Bord des Kreuzfahrters "Bremen" in Bremerhaven wieder eine größere Gruppe Volksdeutsche eintreffen, um eine zweifellos Existenz in der Fremde mit einer gesicherten Zukunft im neuen Großdeutschen Reich zu vertraulichen.

Die Gruppe umfaßt diesmal 150 Volksdeutsche. Einige von ihnen waren seit Generationen in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Kanada ansässig, andere wurden erst durch die Not der Nachkriegszeit aus Deutschland vertrieben. Unter ihnen sind Väter, Söhne und Enkel Volksdeutsche, die erst nach der Weimarer Republik auf dem Umweg über die deutschen Siedlungsgebiete in Südwesteuropa nach Amerika gelangten; es sind auch Danziger unter ihnen, deren Vorfahren Deutschland schon vor mehr als 200 Jahren verliehen, deren Kinder aber heute noch gleichzeitig deutsche Sprechen und die jetzt einen langenrechten Sehnsucht folgen, wenn sie in die alte Heimat zurückkehren.

Von diesen rassisches hochwertigen, lebensstarken Menschen wurden viele nur arbeitslos, weil sie deutscher Abstammung waren, und schließlich arbeitslos, ohne daß sich irgendwer Deutsch in ihr Schicksal kümmerte. Viele dieser Rückwanderer, deren Vorfahren 150 Jahre lang in Südkanada gelebt haben, und der Deutschland noch niemals gesehen haben, erklärte schriftlich: "Wir wollen endlich nach Hause."

20000 Rückwanderer in zweieinhalb Jahren

Bei einem Presseempfang auf Einladung der Auslandsorganisation der NSDAP im Rückwanderheim der ADL in Berlin am Glienicker See trug der Leiter des Rückwanderamtes, Hauptmeister Anderßen, aus, die Aussöhnung der Vaterland, das der Auslandsdeutsche für die Heimat ein vorzoreiter Sohn sei, sei unrichtig. Heute stehe das Auslandsdeutschland mitten in seiner Kampfzeit. Jüdischer Propaganda und jüdische Presse seien die Hauptverantwortlichen hierfür.

Reinen den politischen Beweggründen spielt die elende wirtschaftliche Lage eines großen Teiles unserer Deutschen Siedler in Übersee die ausschlaggebende Rolle für die starke Rückwanderung, die im Jahre 1937 rund 20 000, 1938 etwa 30 000 und in der ersten Hälfte des Jahres 1939 bereits 30 000 Menschen umfaßte.

Bei der Leiter des Rückwanderamtes weiter ausführte, wenn bei der Betreuungsarbeit des Amtes drei Sonderaktionen deutlich zum Ausdruck: Rückführung von Flüchtlingsdeutschen, Heimkehrung und Betreuung der Chinesischstämmigen und schließlich Heimkehrung der Tausende von Spanischdeutschen, die durch den Ausbruch des Bürgerkrieges weggezogen waren, um in die Heimat zurückzukehren. In allen Fällen sei es gelungen, durch reißende Einsätze der vorhandenen Mittel Tausende von Volksdeutschen, die draußen Geduld und Hoffnung verloren hatten, zu helfen.

„Es wird etwas geschehen“

Die Einkreiser in Unruhe über die Entscheidungen der Achse

Zimmer noch bestätigt sich die Presse der Einführungskräfte mit den Salzburger Besprechen. Ein Zeichen für die Unsicherheit der wiedodemokratischen Politiker und für die außerordentliche Nervosität. Bezeichnend ist die Haltung der Pariser Presse, die, von Anfang an pessimistisch, diesen Pessimismus immer noch weiter steigert. Die unbewegliche Haltung der Achse und die unmissverkennbaren Erklärungen der italienischen wie der deutschen Presse haben die großen französischen Blätter zu der Überzeugung gebracht, daß es den Achsenmächten ernst ist und daß sie keinen Entscheidung auf dem Wege geben. Man ist sich in Paris darüber klar, daß die Mächte der Achse eine Entscheidung treffen werden. Wie diese Entscheidung aber aussehen wird, darüber wird weiter urtheilt.

Um nun die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, daß zweifellos etwas geschehen wird, und vor allem, um den Einbruck zu verhindern, daß Frankreich gegebenfalls gezwungen sein könnte, sich wegen Danziger zu schlagen, erklärt die Pariser Presse jetzt, daß es sich um die Republik Polen und damit um eine Gesamtregierung aller europäischen Kräfte handelt, d. h. eine Umwandlung des Status quo danach. "Journal" betont in diesem Zusammenhang, Frankreich und England hätten niemals verheimlicht, daß sie keiner Eingliederung Danzigs zustimmen würden, die im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts des Volkes erfolge, die aber "in Wirklichkeit" eine unbestreitbare Verletzung der bestehenden Verträge bedeute. Der Londoner Berichterstatter des "Figaro" verteidigt in geradezu bewunderndem Maße wieder die englische Lieblingsidee, daß man in diesen Tagen der Spannung nach Italien blicken müsse, in der Hoffnung, daß hier die Bremse angesetzt werde, die gerichtet sei. Italien und Europa zu retten".

Der Traum von der "Großen Polens"

Die polnische Presse stellt weiterhin ältere Vermutungen über das Ergebnis der Begegnungen in Salzburg und Berchtesgaden an, und das Regierungsblatt "Trybun" fasst seinen Lesern älterer Artikeln auf dem angeblichen Inhalt dieser Begegnungen. Der "Kurier Warszawski" stützt sich in seinen Betrachtungen auf angebliche Informationen aus Rom.

Währenddessen beruft sich das national-radikale Blatt "NBB" an den politischen Kriegszweck und fordert, der Marsch zur Größe des Kaiserlandes sei noch nicht abgeschlossen. Die Größe sei Bestimmung des polnischen Volkes, vor der es nicht zurückstehen dürfe. - Unsere Generation weiß, so heißt es weiter, daß die Macht des Kampfes vor allem auf ihre Schultern fallen werde, aber sie werde sich vor dieser Last nicht beugen und unter ihr nicht zusammenbrechen. Mit der Waffe in der Hand, in Schuhengräben inmitten von Kanonen, donner wird sie, wenn die große Stunde schlägt, ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen und mit dem Schwerte in der Hand für Polen neue Grenzen heranzuschlagen. (1)

Demokratische Lügenhefe am Pranger

Ungarn rechnet mit den Gerichtsmachern ab

Nach alter Methode hat die demokratische Presse die Lessentheit von dem Danziger Problem möglichst abzulenken und dat älteren Gerüchten über angebliche Pläne der autoritären Staaten auf dem Balkan verbreitet, ohne allerdings bei den Balkanstaaten, die die Tatsat der westlichen Demokratien längst durchschaut haben, viel Anklang zu finden.

Die italienischen Blätter prangen in großen Überschriften die niederrangige Kriegsdebatte und Kriegshysterie der Demokratien an und gelten "die bis zum Blödinn geliebten Tollheiten der polnischen Presse". Bei dieser Gelegenheit besassen sich die Blätter noch einmal mit dem dummen Gedanken der wiedodemokratischen Zeitungen, die immer wieder von angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Rom berichten. Diese Art Gerichtsmacherin ist aus-

große Verantwortungslosigkeit. Die Zeitung "Popolo di Roma" spricht von einer "Offensive der Römer" und erklärt, die Polen seien geradezu vom Wahnsinn gepeilt.

Schluß an der Ausprägung der Lage seien allein London und Paris. Ohne sie hätte Polen niemals gewagt, der Rückkehr Danzigs ins Reich ernsthafte Hindernisse in den Weg zu setzen.

Die großen ungarischen Zeitungen beobachten sich in Zeiterfolgen mit diesem neuen Eigentum und der tendenziell ausströmenden alarmierenden Unwahrscheinlichkeit und weisen alle Gerüchte über Ungarn und Deutschland energisch zurück. Die ungarischen Blätter versichern den Gerichtsmachern, daß die Absicht, Stimmung gegen gewisse Staaten zu erzeugen, völlig ausgeschlossen sei. Man nehme in Budapest die Grobheit einer unzureichenden Phantasie seit langem nicht mehr ernst. Das Budapester Regierungsblatt bezeichnet den Augenblick als "eine grobe Gewissenlosigkeit Europa gegenüber".

Bei diesem Zusammenhang besteht sich auch das Regierungsbüro "Bremen" mit der Tatsat der Demokratie, die mit allen Mitteln die kleinen Staaten zu ihren Vasallen machen wollen. Die "Bremi" nennt diese Politik eine "außenpolitische Diktatur", die in dem Bestreben um Ausdruck kommt, die kleinen Staaten in das Bündnisystem der Demokratien einzuschließen und sich gegen den Willen dieser Staaten durch einseitige Garantien in ihre politischen Beziehungen einzumischen.

Polenterror rast weiter

Wieder zwölf Volksdeutsche verhaftet

Immer neue Verhaftungswellen

Die Verhaftungen von Volksdeutschen nehmen in letzter Zeit immer größeren Umfang an. So wurden in der Nacht zum Sonntag in Külz zwölf bekannte Volksdeutsche, darunter der Leiter der Deutschen Volksbank, Büss-

ner, verhaftet.

Gleichzeitig wurde in den letzten Tagen erneut eine Anzahl deutscher Betriebe geschlossen oder mindestens beschädigt. Dem volksdeutschen Sammelkonto Otto Molotow in Löbau bei Aigenau sowie dem Gauamt Mar Steinbach in Schöngrund wurde die Konzession zum Ausgang eines lokalen Gewerbes entzogen. Durch Entfernung des Stolzen von Schöngrund wurde die Bäckerei des Volksdeutschen Leopold Tempel aus Wiesenzow, Kreis Schubin, geschlossen. Als Grund für die Schließung wurde, wie in zahllosen anderen Fällen, angegeben, daß die Bäckerei nicht den sanitären Anforderungen entsprach. Am 31. Juli wurde die deutsche Bäckereiengemeinschaft in Bogomil, Kreis Thorn, geschlossen. Als Grund wurde angeführt, daß das Wasser für Bäckereiwerke unbrauchbar sei. Man hat immerhin mehrere Jahre gebraucht, um dies festzustellen. Ebenso wurde die Bäckereiengemeinschaft in Gordon von den Behörden geschlossen. Die Schließung wurde durch Aufschlag überall bekanntgegeben. Für den Fall, daß der Anordnung nicht unbedingt und sofort Folge geleistet würde, ist eine Strafe von 2000 Mark angedroht worden.

Als Aufwiegler entlarvt

Im polnischen Zollboot Heglitzblätter nach Danzig geschmuggelt

Die Danziger Polizei hat die beiden polnischen Zollbeamten Wladyslaw Slowikowski und Roman Kulikowski festgenommen, die auf dem Wajerewo mit Hilfe eines polnischen Zollboots Flugblätter aus Polen nach Danzig gebracht haben.

In diesen Flugblättern wird in deutscher Sprache gegen den Danziger Gauleiter Albert Forster schaut. Das Blatt ist